

„Schleierfahndung“

Rechtliche Anforderungen an die Gefahrenabwehr
durch ereignisunabhängige Personenkontrollen

von

Christian Krane



RICHARD BOORBERG VERLAG

Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	19

§ 1

Einleitung

I. Befugnisse zu ereignisunabhängigen Kontrollen.....	27
II. Die Befugnisse in der juristischen und politischen Diskussion	28
III. Die Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte.....	30
IV. Die Herkunft des Wortes „Schleierfahndung“.....	32
V. Der Begriff „Schleierfahndung“.....	32
VI. Getrennte Behandlung anlaßunabhängiger Stichproben.....	34
VII. Methodischer Ansatz und Stand der Arbeit.....	35
VIII. Gang der Untersuchung.....	36
IX. Ausblick.....	37

§ 2

Die Öffnung der Grenzen und die Entwicklung der Kriminalität im Schengenraum

A. Rechtliche Grundlagen	38
B. Auswirkungen der Grenzöffnung auf die Straftatenbekämpfung.....	39
I. Der Wegfall rechtlicher und faktischer Hindernisse für die Kriminalität ..	40
1. Straftatenbekämpfung als klassische nationalstaatliche Aufgabe	40
2. Öffnung der physischen, Bestand der rechtlichen Grenzen.....	41
3. Geringe Auswirkungen der Grenzöffnungen nach den Schengen-Erfahrungsberichten	41
4. Statistiken zu unerlaubten Einreisen	42
5. Zwischenergebnis zu den Auswirkungen der Grenzöffnung.....	43
II. Ausgleichsmaßnahmen.....	43
1. Überblick über die Ausgleichsmaßnahmen.....	43
2. Insbesondere das Schengener Informationssystem SIS.....	44
a) Grundlagen des SIS.....	44
b) Ausschreibung im SIS.....	44
aa) Ausschreibung von Personen und Sachen.....	45
bb) Insbesondere die Ausschreibung zur verdeckten Registrierung und gezielten Kontrolle	45
c) Umfang der Datenbestände und Trefferzahlen	46
d) Bewertung des SIS.....	47

C. Grenzüberschreitende Kriminalität	48
I. Die Bedeutung von „grenzüberschreitende Kriminalität“ in den Befugnisnormen.....	48
1. Der Wortlaut in den verschiedenen Normen.....	48
2. Die beiden grundsätzlichen Erscheinungsformen grenzüberschreitender Kriminalität.....	49
II. Das Merkmal der Grenzüberschreitung bei einzelnen Straftaten.....	49
III. Organisierte Kriminalität.....	53
1. Umschreibung und Merkmale.....	53
2. Straftaten der organisierten Kriminalität.....	54
3. Strukturen organisierter Kriminalität in Deutschland und Europa.....	55
4. Grenzüberschreitende Elemente organisierter Kriminalität	56
a) Internationale Ausrichtung.....	56
b) Empirische Internationalität	57
c) Internationalität in der Statistik	58
5. Grenzüberschreitende Strukturen und Inlandsstraftaten.....	59
D. Zusammenfassung zu § 2.....	60

§ 3

Die gesetzliche Zuweisung von Aufgaben an die Polizei

A. Die Polizeiaufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr.....	61
I. Strafverfolgung.....	61
II. Gefahrenabwehr.....	61
1. Definition der Gefahrenabwehr im engen Sinne.....	61
2. Das Schutzobjekt: öffentliche Sicherheit.....	62
3. Gefahr aufgrund der Lage im Einzelfall	62
a) Konkrete Gefahr.....	63
b) Anscheinsgefahr.....	63
c) Scheingefahr	63
d) Gefahrenverdacht	64
4. Allgemeine und abstrakte Gefahr	64
5. Die „Abwehr“ der Gefahr	64
6. Aufklärungsmaßnahmen als Gefahrenabwehr	65
III. Vorfeldaktivitäten im Rahmen der Gefahrenabwehr	66
1. Vorbereitung auf die Gefahrenabwehr.....	66
2. Gefahrenverhütung (Gefahrenvorsorge).....	67
IV. Die Aufgaben der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten	68
1. Der Normtext der Aufgabenzuweisungsnormen.....	68
2. Die Verhütung von Straftaten	69
3. Die Verfolgungsvorsorge.....	70
a) Die verschiedenen Positionen.....	71
b) Stellungnahme: die materiell-rechtliche Einordnung der Verfolgungsvorsorge.....	72

B.	Gehalte und Funktionen der Aufgabenzuweisungsnormen	73
I.	Die handlungstheoretische Beschreibung der Polizeiarbeit	74
1.	Definition von „Zweck“ und „Anlaß“	74
2.	Die grundsätzliche Unabhängigkeit von Anlaß und Zwecksetzung....	74
II.	Verschiedene Zweckebenen und Definitionen	76
1.	Die drei polizeirechtlichen Zwecke	76
2.	Das Verhältnis der drei Zwecksetzungen zueinander.....	77
III.	Die gesetzestechnische Umsetzung	78
1.	Die Unterscheidung von Aufgaben- und Befugnisnorm	78
2.	Die Funktionen von Aufgabennormen.....	79
a)	Zuständigkeitsbestimmung.....	79
b)	Rechtsgrundlage für nichteingreifendes Handeln.....	79
c)	Aufgabenerfüllung und anwendbares Recht.....	80
d)	Zweckbestimmung für das Handeln der Verwaltung	81
e)	Ermessenszweck und Ermessensdirektive.....	82
f)	Systematisierung des Gesetzes	84
g)	Zusammenfassung zu den Funktionen der Aufgabennormen	85
3.	Der Tatbestand der Aufgabennorm.....	85
a)	Formelle Qualifikation nach Angaben der Polizei	86
b)	Objektives Gegebensein der Gefahr	86
c)	Zweck der Maßnahme und Stellungnahme	87
d)	Die Anwendung des Zweckkriteriums auf Vorfeldaktivitäten	90
e)	Zusammenfassung zum Tatbestand der Aufgabennormen	91
C.	Zusammenfassung zu § 3.....	91

§ 4

Gesetzgebungszuständigkeiten

A.	Gesetzgebungszuständigkeit, Zweck und Gegenstand des Gesetzes.....	92
B.	Landespolizeigesetze.....	94
I.	Die Aufgaben der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten	94
1.	Verhütung von Straftaten.....	94
2.	Verfolgungsvorsorge	95
a)	Die Einordnung in die Bundeskompetenz für das „gerichtliche Verfahren“	95
b)	Keine abschließende Regelung durch die StPO	96
3.	Ergebnis zur Gesetzgebungszuständigkeit für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten	99
II.	Die Befugnisnormen zu ereignisunabhängigen Kontrollen	99
1.	Grenzschutz, Art. 73 Nr. 5 GG	99
2.	Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer, Art. 74 Abs. 1 Nr. 4 GG.....	101
3.	Internationale Verbrechensbekämpfung, Art. 73 Nr. 10 GG	102

III. Ergebnis zur Gesetzgebungszuständigkeit für die landesrechtlichen Normen.....	102
C. Bundesgrenzschutzgesetz	102
I. Grenzschutz, Art. 73 Nr. 5 GG.....	103
II. Bahnpolizei, Art. 73 Nr. 6a GG.....	104
III. Ergebnis zur Gesetzgebungszuständigkeit für das BGSG	105
D. Zusammenfassung zu § 4.....	105

§ 5

Die polizeilichen Befugnisse zu ereignisunabhängigen Kontrollen

A. Gehalt und Funktionen von Befugnisnormen.....	106
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben.....	106
II. Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben im einfachen Gesetzesrecht.....	107
1. Tatbestand.....	107
2. Rechtsfolge und Rechtsfolgenbeschränkungen.....	108
B. Tatbestandsbildung im Gefahrenabwehrrecht.....	109
I. Der Versuch der Erfassung von Unsicherheiten durch den subjektiven Gefahrenbegriff	110
II. Die rechtliche Erfassung von Prognose- und Diagnoseunsicherheiten	111
1. Die Unterscheidung von Haupt- und Indiztatsachen.....	111
2. „Tatsächliche Anhaltspunkte“ für Straftaten.....	112
a) Materiellrechtliche Unterschiede zwischen tatsächlichen Anhaltspunkten und Tatsachen?.....	113
b) Inhaltliche Anforderungen an Diagnose und Prognose aufgrund der tatsächlichen Anhaltspunkte.....	114
c) Haupttatsachen und Indiztatsachen	115
d) Zwischenergebnis.....	116
3. Beispiel: Kontrollen an gefährlichen Orten	116
4. Verzicht auf eine ausgeprägte Tatbestandlichkeit: Verkehrskontrollen nach § 36 Abs. 5 StVO.....	117
a) Voraussetzungen und Beschränkungen der Verkehrskontrolle ...	117
b) Verkehrskontrollen und ereignisunabhängige Kontrollen in der Diskussion.....	118
C. Der Tatbestand der Befugnisnormen zu ereignisunabhängigen Kontrollen	119
I. Aufenthaltsorte.....	119
1. Grenzgebiet.....	120
2. Öffentliche Einrichtungen des internationalen Verkehrs	120
3. Öffentlicher Verkehrsraum.....	121
4. Weitere Aufenthaltsorte.....	121
5. Durchgangsstraßen und andere Straßen.....	121
a) Art der Straßen.....	121
b) Kein Beurteilungsspielraum bei „erheblicher Bedeutung“	122

II.	Lageerkenntnisse und Lagebilder	123
1.	Straftaten der grenzüberschreitenden Kriminalität.....	124
2.	Quellen für Lageerkenntnisse	124
3.	Lagebilder.....	124
III.	Die Abgrenzung zu den gefährlichen Orten	126
IV.	Zusammenfassung zum Tatbestand der Befugnisnormen.....	127
D.	Kontrollanlässe als ermessensrelevante Umstände	127
I.	Der konkrete Anlaß einer Kontrolle	127
1.	Beschreibung der Kontrollpraxis	127
2.	Unbewußte Reize und Reaktionen in der Sozialpsychologie.....	128
3.	Verringerter Grad der Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu tatsächlichen Anhaltspunkten	130
4.	Beispiel: Schleuserkriminalität	131
II.	Die normative Einordnung in das Ermessen.....	132
III.	Der faktische Einfluß der Kontrollanlässe auf die Zwecksetzung	134
IV.	Zwischenergebnis zu den Kontrollanlässen.....	136
E.	Die Maßnahmen der ereignisunabhängigen Kontrollen	136
I.	Verfahrensvoraussetzung: Behördenleitervorbehalt	137
II.	Die verschiedenen Zwecke in den Befugnisnormen.....	137
1.	Aufklärungszwecke	138
2.	Verhütung von Straftaten der grenzüberschreitenden Kriminalität.....	139
a)	Der Begriff der (Straftaten der) grenzüberschreitenden Kriminalität	139
b)	Verhütung und Unterbindung.....	139
aa)	Wortlaut der Befugnisnormen	140
bb)	Entstehungsgeschichte der Befugnis- und Wortlaut der Aufgabennormen	141
cc)	Auslegung der Befugnisnormen nach Sinn und Zweck?	142
3.	Bekämpfung von Straftaten	142
4.	Verhütung oder Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts	143
a)	Der Begriff des unerlaubten Aufenthalts.....	143
b)	Auslegung von Verhütung und Unterbindung.....	144
c)	Zusammenfassung zur Verhütung und Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts	145
5.	Verfolgungsvorsorge	145
a)	Auslegung und Bedeutung der Zwecksetzung.....	145
b)	Beispiel und polizeiliche Praxis	146
6.	Verhütung oder Unterbindung der unerlaubten Überschreitung der Landesgrenze.....	146
a)	Auslegung: nur <i>Bundesaußengrenze</i>	147
b)	Auslegung von „Überschreitung“	147
c)	Auslegung von „Verhütung“ und „Unterbindung“	147
7.	Gesamtzusammenfassung zu den Zwecken	148
III.	Die zulässigen Maßnahmen.....	149

1. Die Grundmaßnahmen: Identitätsfeststellung und Befragung	149
a) Identitätsfeststellung i.w.S.	149
aa) Identitätsfeststellung i.e.S.	149
bb) Aushändigung und Prüfung von Ausweispapieren	150
cc) Durchsuchung.....	151
dd) Sistierung.....	151
ee) Erkennungsdienstliche Behandlung.....	152
ff) Zusammenfassung zur Identitätsfeststellung	152
b) Befragung.....	152
aa) Anhalten und Datenerhebung	152
bb) Inaugenscheinnahme	154
c) Abgrenzung von Identitätsfeststellung und Befragung.....	154
d) Abgrenzung von Inaugenscheinnahme und Durchsuchung.....	155
e) Zusammenfassung zu den Grundmaßnahmen	156
2. Verarbeitung der erhobenen Daten	157
a) Abgleich und Übermittlung.....	157
b) Rechtsgrundlagen.....	158
c) Speicherung erhobener Daten.....	159
F. Zusammenfassung zu § 5.....	160

§ 6

Die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes

A. Befragung in Verkehrsanlagen nach § 22 Abs. 1a BGS	162
I. Tatbestand.....	162
II. Zwecke.....	163
1. Enge Auslegung des Umfangs des Fragerechts	164
2. Weite Auslegung von „Einreise“ oder „Unterbindung“.....	165
III. Zulässige Maßnahmen.....	166
B. Identitätsfeststellung im Grenzgebiet nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 BGS	167
I. Tatbestand und Zwecke.....	167
II. Zulässige Maßnahmen.....	167
C. Zusammenfassung zu § 6.....	168

§ 7

Die betroffenen Freiheitsgrundrechte

A. Funktionen und Umfang des Grundrechtsschutzes nach dem Grundgesetz	169
I. Grundrechtsfunktionen.....	169
II. Schutzbereich eines Grundrechts.....	170
III. Eingriff in ein Grundrecht	171
1. Klassischer und moderner Eingriffsbegriff.....	171
2. Eingriff durch die Befugnisnormen	172

B. Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	173
I. Herleitung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	173
II. Schutzbereich.....	174
III. Eingriff.....	175
1. Identitätsfeststellung und Befragung.....	175
2. Verarbeitung und Nutzung der Daten	178
C. Allgemeines Persönlichkeitsrecht („Verfassungsrechtliche Vermutung der Redlichkeit“), Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	176
I. Argumentation der Literatur.....	177
II. Einordnung in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	177
III. Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht	180
IV. Ergebnis.....	181
D. Freiheit der Person, Art. 2 Abs. 2 S. 2, Art. 104 Abs. 1, 2 GG	181
E. Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG	182
F. Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	182
G. Zusammenfassung zu § 7.....	183

§ 8

Polizeirechtliche und Verfassungsrechtliche Anforderungen

A. Die Auslegung der Befugnisnormen im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	185
I. Zwecke in den Befugnisnormen	185
II. Eignung.....	186
1. Grundsätze zur Eignung.....	186
2. Die positive Begründung der Eignung.....	187
a) Statistiken - Eignung zur Aufdeckung und Unterbindung von Rechtsverstößen	187
b) Die Problematik der „Verhütung“	188
3. Fehlende Eignung der Kontrollen.....	189
a) „Kaffeefahrt“.....	189
b) Beschränkung des räumlichen Anwendungsbereichs.....	190
III. Erforderlichkeit.....	191
IV. Verhältnismäßigkeit i.e.S. (Angemessenheit, Ausgewogenheit, Zumutbarkeit).....	192
1. Grundsätze zur Verhältnismäßigkeit i.e.S.....	192
2. Maßstabsentwicklung für die Prüfung	193
a) Kontrollgebiet und Lagekenntnisse als Tatbestandsmerkmale ..	194
b) Kriterien der Geringfügigkeit von Eingriffen.....	196
aa) Unerheblichkeit der Qualifizierung als klassischer Eingriff ..	196
bb) Entscheidend: Reale oder hypothetische Dauerwirkung.....	196
cc) Zulässigkeit von Informationserhebungseingriffen.....	197

3. Zulässige Maßnahmen (ohne Dauerwirkung)	198
4. Verbot der Speicherung	199
a) Speicherung nach den Polizeigesetzen	199
b) Speicherung aufgrund des SDÜ	200
5. Eingeschränkt zulässige Maßnahmen	201
a) Identitätsfeststellung, Sistierung und erkennungsdienstliche Maßnahmen.....	201
b) Durchsuchung	202
c) Zusammenfassung zu den eingeschränkt zulässigen Maßnahmen	202
6. Zumutbarkeit.....	203
7. Sonderlage im Grenzgebiet.....	203
a) Die Grenze souveräner Staaten als abstrakt gefährlicher Ort	204
aa) Staatliche Souveränität und Funktionen der Grenzen	204
bb) Die besondere Ungewißheit im Grenzgebiet als abstrakte Gefahr	205
(1) Informations- und Kontrolldefizit	205
(2) Beschreibung als abstrakte Gefahr	206
cc) Die Verringerung der Ungewißheit durch zwischenstaatliche Kooperationen	207
b) Polizeirechtliche Folgerungen	208
aa) Die Rechtfertigung erweiterter Eingriffsbefugnisse durch die Sondersituation.....	208
bb) Zulässige Maßnahmen.....	208
c) Auswirkungen der zunehmenden internationalen Kooperation	209
d) Zwischenergebnis zu Kontrollen im Grenzgebiet.....	210
V. Polizei- und verfassungsrechtlicher Zurechnungszusammenhang?	210
1. Der Zurechnungszusammenhang nach dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern und <i>Waechter</i>	210
2. Zwei Funktionen des Zurechnungszusammenhangs	211
3. Bedeutung des Zurechnungszusammenhangs für die Angemessenheit ereignisunabhängiger Kontrollen.....	212
VI. Zwischenergebnis zur Verhältnismäßigkeit.....	213
B. Anforderungen an die Ausgestaltung der landesrechtlichen Normen.....	213
I. Ziele der Gesetzgeber	214
II. Eignung.....	214
III. Erforderlichkeit.....	216
1. Verkehrskontrollen, § 36 Abs. 5 StVO	216
2. Polizeirecht	217
3. Strafverfahrensrecht.....	217
4. Grenzkontrollen	217
5. Ausgleichsmaßnahmen nach dem SDÜ	218
6. Ergebnis zur Erforderlichkeit.....	218
IV. Verhältnismäßigkeit i.e.S.	218

V. Grundrechtsschutz durch Verfahren.....	219
1. Grundsätze zum Grundrechtsschutz durch Verfahren.....	219
2. Grundrechtsschutz durch Verfahren und ereignisunabhängige Kontrollen.....	220
a) Behördenleitervorbehalt.....	220
aa) Der Behördenleitervorbehalt im Streit.....	220
bb) Zwei politische Funktionen des Behördenleitervorbehalts	220
cc) Fehlende verfassungsrechtliche Notwendigkeit.....	221
b) Lagebilder und Dokumentation.....	222
aa) Zugrundelegung von Lagekenntnissen.....	222
bb) Dokumentation in Lagebildern.....	223
3. Zusammenfassung zum Grundrechtsschutz durch Verfahren.....	225
VI. Normenklarheit und Bestimmtheit.....	225
1. Grundsätze zur Normenklarheit und Bestimmtheit.....	225
2. Verstoß der Befugnisnormen gegen das Gebot der „Vorhersehbarkeit“?.....	226
3. Anwendung des Gebotes der Normenklarheit und Bestimmtheit auf die Befugnisnormen.....	227
4. Im einzelnen.....	228
a) „Kaffeefahrt“.....	228
b) Lagebilder.....	228
c) Zulässige Maßnahmen.....	229
d) Ausschluß der Speicherung.....	229
e) Weitere Präzisierung der Zweckbestimmungen.....	229
f) Folgerungen für bestehende Normen.....	230
5. Erfordernis eines Straftatenkatalogs?.....	230
VII. Zwischenergebnis zu den Befugnisnormen.....	231
C. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Befugnis im BGS.....	231
I. Statistischer Nachweis der Eignung.....	231
II. Weitere Anforderungen.....	232

§ 9

**Voraussetzungen der Vereinbarkeit mit dem allgemeinen
und dem besonderen Gleichheitssatz**

A. Allgemeiner Gleichheitssatz.....	233
I. Vergleichsgruppen und Ungleichbehandlung.....	233
II. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	234
1. Die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen.....	234
2. Rechtfertigung im Vergleich zu nicht im Kontrollgebiet befindlichen Personen.....	236
3. Rechtfertigung im Vergleich zu Nichtbetroffenen im Kontrollgebiet.....	236
a) Nichtberücksichtigung der Kontrollanlässe.....	236
b) Ermittlung und Anwendung des Rechtfertigungsmaßstabs.....	237

III. Ergebnis zum allgemeinen Gleichheitssatz	238
B. Differenzierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	238
I. Problemaufriß: Kontrolle aufgrund der Differenzierungskriterien des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	239
II. Benachteiligung i.S.d. Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	242
1. Vorliegen einer Benachteiligung	242
2. Benachteiligung „wegen“ der Kriterien des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG....	243
a) „Rasse“	243
b) Sprache, Heimat und Herkunft	244
c) Kausalität des Merkmals für die Inanspruchnahme	244
aa) Begründungsverbot	244
bb) Anknüpfungsverbot	246
(1) Anknüpfung durch die Kontrolle	246
(2) Ein Motivbündel schließt die Anknüpfung nicht aus	246
cc) Auswirkung der Meinungen auf die vorliegende Problematik	247
III. Rechtfertigung der Anknüpfung	247
1. Zulässigkeit der Rechtfertigung	247
2. Möglichkeit der Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsrecht	248
3. Gesteigerte Anforderungen an den Zweck der Kontrolle: kollidierendes Verfassungsrecht	250
4. Anforderungen an die Feststellung kollidierenden Verfassungsrechts	250
5. Insbesondere die Bekämpfung des unerlaubten Aufenthalts	251
6. Geeignetheit und Erforderlichkeit	252
7. Verhältnismäßigkeit im engen Sinne	252
a) Angemessenheit	253
b) Zumutbarkeit	253
aa) Gegenstand und Maßstab der Prüfung	253
bb) Gefühl der Diskriminierung	254
cc) Zwecksetzung und Rassismus	254
IV. Ergebnis zur Vereinbarkeit mit dem besonderen Gleichheitssatz	256
C. Ungleichbehandlung und indirekte Benachteiligung durch die Norm	256
I. Ungleichbehandlung durch die Tatbestandsbildung	256
II. Indirekte Benachteiligung aufgrund des Zwecks des Gesetzes	256
1. Vorliegen einer indirekten Benachteiligung	256
2. Rechtfertigungsmöglichkeiten	257
a) Zwecke und Rassismus	258
b) Diskriminierung, Recht und Politik	259
III. Ergebnis zur Befugnisnorm	261

§ 10

Vereinbarkeit der Kontrollen mit dem SDÜ

A. Verbot von Grenz- bzw. Personenkontrollen	262
--	-----

B. Ereignisunabhängige Kontrollen sind keine Grenzkontrollen i.S.d. SDÜ.....	264
I. Zulässigkeit von Kontrollen im Grenzgebiet und im sonstigen Staatsgebiet.....	264
II. Kontrollen auf Zufahrtsstraßen.....	266
C. Zusammenfassung zu § 10.....	267

§ 11

Rechtsschutz gegen die Kontrollmaßnahmen

A. Ereignisunabhängige Kontrollen vor Gericht.....	268
I. Beschränkung auf das Verwaltungsprozeßrecht.....	268
II. Warum bisher keine Verfahren bekannt geworden sind.....	269
B. Zulässigkeit und Begründetheit einer Klage.....	270
I. Rechtsweg.....	271
II. Statthafter Rechtsbehelf.....	271
1. Widerspruch.....	271
2. Anfechtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage.....	271
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO.....	272
IV. Rechtsschutz- und Feststellungsinteresse.....	272
1. Wiederholungsgefahr.....	273
2. Rehabilitationsinteresse.....	273
3. Tiefgreifender Grundrechtseingriff ohne anderweitige Rechtsschutzmöglichkeit, insbes. bei Beeinträchtigungen des besonderen Gleichheitssatzes.....	274
V. Umfang der gerichtlichen Prüfung.....	276
1. Prüfung von Anlaß und Zweck.....	276
2. Prüfung der Lagebilder.....	276
3. Prüfung der erheblichen Bedeutung bei Durchgangsstraßen.....	277
C. Zusammenfassung zu § 11.....	277

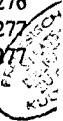
§ 12

Anlaßunabhängige Zufallsstichproben

§ 13

Ergebnisse

A. Einleitung.....	280
B. Öffnung der Grenzen und grenzüberschreitende Kriminalität.....	280
C. Aufgaben der Polizei.....	281
D. Gesetzgebungszuständigkeiten.....	282
E. Befugnisse der Polizei.....	283
F. Befugnisse des BGS.....	285
G. Freiheitsgrundrechte.....	286
H. Polizeirechtliche und verfassungsrechtliche Anforderungen.....	286



Inhaltsverzeichnis

I. Gleichheitssätze.....	289
J. Vereinbarkeit mit dem SDÜ.....	291
K. Rechtsschutz.....	291
L. Zufallsstichproben.....	291

§ 14

Formulierungsvorschläge für Befugnisnormen

A. Polizeigesetze der Länder.....	292
B. Bundesgrenzschutzgesetz.....	292
Literaturverzeichnis.....	294